

# ENTWURF

**„Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung“**

## Ein Diskussionsanstoß zur

**„Konferenz zur Zukunft der kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie von freiberuflich und selbständig Tätigen in der Europäischen Union“**

### **Einleitung**

In Zeiten systematischen Sozialabbaus und zunehmender Prekarisierung ist die deutliche Positionierung der linken Unternehmerinnen und Unternehmer eine politische Notwendigkeit. Während die gesellschaftlichen und sozialen Ängste der Arbeitnehmer linke Politik vielfältig beeinflussen, bleibt die ebenso prekäre Lage vieler Kleinst- und Kleinunternehmer weitgehend unbeachtet. OWUS e.V. und die Rosa-Luxemburg-Stiftung haben gemeinsam das Ziel, sozialverantwortliches, arbeitnehmerfreundliches Unternehmertum als gesellschaftlichen Standard zu etablieren und Lösungen zu entwickeln, die selbstausbeutende (Schein-)Selbständigkeit unnötig und unmöglich werden lässt. Natürlich ist größtmöglicher Erfolg nur gemeinsam und durch einen auf Erfahrungen und Dialog basierenden Wissensaustausch möglich. Diese europäische **Konferenz zur Zukunft der kleinen und mittelständischen Unternehmen** soll KMU und deren Verbände aller Branchen mit Gewerkschaftern und Sachverständigen sozialer NGOs zusammenführen, um „best-practice-Ansätze“ festzustellen und neue politische Handlungsspielräume zu erschließen. Während die gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Bedeutung von KMU inzwischen auch von der europäischen Kommission anerkannt wird, sind deren regionale und nationale Probleme ebenso wenig untersucht worden wie deren gezielte Fördermöglichkeiten. Tonangebend für „KMU-Politik“ ist bisher vor allem ein überschaubarer Kreis von Großunternehmen und großen „Mittelständlern“. Alternative, die Existenz der europäischen Klein- und Kleinstunternehmen sichernde wirtschafts- und sozialpolitische Vorschläge blieben dank der konträren Interessen dieser „Vertreter“ häufig auf der Strecke. Hier liegt das Handlungsfeld und Ziel dieser Konferenz. Gemeinsam müssen wir mit einem Netzwerk sozialverantwortlicher, arbeitnehmerfreundlicher KMU eine hörbare Stimme in der EU schaffen, die wirklich für das Wohl von Klein- und Kleinstunternehmen eintritt.

Nachfolgende Diskussionsansätze sollen die Breite möglicher Ansätze sinnvoller Unternehmenspolitik aufzeigen.

## ***Die soziale und wirtschaftliche Bedeutung europäischer KMU***

Schaut man einmal genauer hin, werden die Branchen vielfach von einigen wenigen Marktführern beherrscht. KMU werden zunehmend in die Rolle von willigen Franchise- und Subunternehmen gezwungen, die mit Preisdumping und zögerlichen Rechnungszahlungen beherrscht oder, wenn in Ungnade gefallen, gezielt vom Markt verdrängt werden. Die Zeche für die Profitmaximierung weniger zahlen die unzähligen jährlich in die Insolvenz getriebenen Unternehmer und ihre Beschäftigten.

Gleichzeitig wird Wettbewerb durch die bewusste Förderung von Scheinselbständigkeit und Selbstaussbeutung, vor allem im Bereich der Dienstleistungen, künstlich geschürt und so ehemals gemeinsam für gerechte Arbeitsbedingungen Streitende als Konkurrenten gegeneinander ausgespielt. Die klassische Rolle des kleinen und mittelständischen Arbeitgebers, der regional bekannt und anerkannt ist und seiner sozialen und gesellschaftlichen Rolle gerecht wird, ist der des „Ausbeuters“ gewichen, der Menschen wie Maschinen „leiht“, die bestmögliche Leistung rausholt und „Verschlissene“ oder „unnötig Gewordene“ ins immer dünner werdende soziale Netz entsorgt. Gerade in der „neuen“, jungen Unternehmergeneration und in den „von den Ketten des Sozialismus“ befreiten osteuropäischen Mitgliedstaaten hat sich diese Form des Unternehmers durchgesetzt.

Im neoliberalen Mainstream der europäischen Kommission beschränkt sich der Horizont der gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Bedeutung von KMU auf Innovationen, Flexibilität und Marktnähe. Soziale Verantwortung und gesellschaftliche Bedeutung sind nur interessant, wenn sie im Rahmen von Corporate Social Responsibility Ansätzen zur Profitmaximierung beitragen. Regionale und nationale Probleme von KMU sind bisher ebenso wenig untersucht worden wie sinnvolle, an die ökologischen, regionalen und gesellschaftlichen Bedürfnisse angepasste Fördermöglichkeiten.

## ***Auswirkungen der europäischen Förder- und Strukturpolitik***

Die gegenwärtige, neoliberal ausgerichtete Förderpolitik der EU und der Nationalstaaten würdigt die ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekte klein- und mittelständischer Unternehmen und ihre gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung nur in dem Maß, wie sie Profitmaximierung versprechen. Von KMU dringend benötigtes Kapital wird nicht oder nur unzureichend bereitgestellt. Viel lieber werden für die Investoren besonders profit versprechende Formen der Risikokapitalbereitstellung beispielsweise durch Business Angels oder Mezzanine-Finanzierung gefördert und mit europäischen Rückbürgschaften abgesichert. Auch wird die Wettbewerbsfähigkeit ausgewählter Großunternehmen als „nationaler Champions“ durch Ausnahmetatbestände im Steuerrecht und andere direkten und indirekten Subventionen gestärkt. Unter dem Argument des Globalisierungszwanges soll die Europäische Union mittels der Lissabon-Strategie zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ werden. In die Realität übersetzt heißt das die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen für Lohndumping, zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und stetig steigende Marktkonzentration. Wie die EU damit „ein Vorbild für den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt in der Welt“ werden soll, ist mehr als fraglich. Lokal oder regional agierende Klein- und Kleinstunternehmen werden gezielt vom Markt verdrängt oder zu prekären Bedingungen als Subunternehmer in bestehende Handels-, Produktions- und Dienstleistungskonzerne eingebunden. Bestehende Förderinitiativen sind intransparent und meist so ausgerichtet, dass

nur eine sehr begrenzte Zahl von KMU im Sinne großer Mittelständler oder Tochterunternehmungen von Konzernen davon profitieren kann.

## ***KMU als Grundlage regionaler Wirtschaftskreisläufe und ökologischer Nachhaltigkeit***

Mit zunehmender Ressourcenknappheit tritt die Rückbesinnung auf lokale Verwertung und Produktion von Rohstoffen, Waren und Dienstleistungen entsprechend den jeweiligen regionalen Bedürfnissen wieder in den Vordergrund. Einem aktuellen Forschungsbericht<sup>1</sup> zufolge führen regionale Wirtschaftskreisläufe zu deutlich geringeren Umweltbelastungen. Durch die gezielte Förderung regionaler Produktions-, Handwerks- und Dienstleistungsmärkte entstehen nicht nur dringend benötigte Arbeitsplätze, auch werden Wertkreisläufe geschaffen, die Kaufkraft, Nachfrage und gesellschaftlichen Wohlstand nachhaltig steigern. Dringend notwendige Einsparungen an Energie und ökologischen Ressourcen werden damit ebenso realisiert wie zusätzliche Steuereinnahmen, die die Förderung refinanzieren. Verluste vor allem prekärer Arbeitsplätze im Bereich des Transportgewerbes sind unter diesen Gesichtspunkten vertret- und kompensierbar, die Zurückdrängung marktbeherrschender Großkonzerne gewollt. Debatten über bestehende Ansätze zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und ihre positiven Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft müssen auch und insbesondere von linken UnternehmerInnen geführt werden. Aus Modellprojekten und Erfahrungen sollten dabei entsprechende rechtliche und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zur grundsätzlichen Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und des wirtschaftlichen Wachstums abgeleitet und eingefordert werden da die Ökologie- und Umweltansätze der Linken bisher den Weg noch vielfach über Verbote und Beschränkungen geht, statt mit einer „Reparaturoffensive“ die namhaften Hersteller reparaturfähiger Produkte (Fahrzeuge, Elektroartikel etc.) zur Herstellung reparaturfreundlicher Produkte zu verpflichten. Im Bereich der ländlichen Umstrukturierungen, genannt sei hier beispielsweise das an der Müritz liegende Dorf Varchentin und das niedersächsische Jühnde, kann die Umstellung auf ökologische Energieversorgung der Schlüssel zur Bildung neuer regionaler Wirtschaftszentren sein. Die Unabhängigkeit von global agierenden Energiekonzernen eröffnet gerade für KMU neue Handlungs- und Wirtschaftsfelder.

## ***Scheinselbständigkeit, prekärste Form des Unternehmertums***

Scheinselbständigkeit ist kein originäres Problem westeuropäischer Volkswirtschaften. In den MOE-Beitrittsländern entwickeln sich zunehmend dualistische Ökonomien mit einem von ausländischen Unternehmen dominierten, hochmodernen transnationalen Sektor, der von einer lokalen, aus Klein- und Kleinstunternehmen bestehenden „Rest-Ökonomie“, aus einem unterfinanzierten und unterausgestatteten öffentlichen Sektor sowie aus Schattenwirtschaft und Kleinkriminalität umschlossen ist. Die Beschäftigung in lokalen Wirtschaftssektoren ist prekär, viele Arbeitnehmer wurden in eine fiktive Selbständigkeit entlassen. Ungarn etwa, ein Land mit zehn Millionen Einwohnern, hat ca. 1,2 Millionen Unternehmer, von denen die Hälfte keiner ökonomisch sinnvollen Tätigkeit nachgeht.

---

<sup>1</sup> Nr. 298 96 151 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Die Auswirkungen dieser Entwicklungen sind auch gesamteuropäisch zu beobachten. Von den ca. 23 Millionen KMU in Europa sind ca. 21 Millionen Kleinunternehmen, ca. 9 Millionen Unternehmen bestehen nur aus dem Selbstständigen (KMU in Europa 2003). Wie hoch der Anteil der Scheinselbstständigen ist, lässt sich nur schätzen. Mit beispielhaftem Blick auf die wirtschaftspolitischen Entwicklungen Deutschlands ("Arbeitsmarktreformen", "Deregulierung", "Ich-AG", "Gründungszuschuss" und Zwang der Arbeitsagenturen, sich zu jedem "Preis" verkaufen zu müssen) ist ein starker Anstieg von Scheinselbständigkeit zu vermuten. Allein in Deutschland seit Januar 2003 über 1 Millionen Unternehmensgründungen von der Bundesagentur für Arbeit gefördert worden. Parallel dazu verloren zwischen März 2003 und Dezember 2005 1,2 Millionen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte ihren Arbeitsplatz. Während den Sozialsystemen auf diese Weise die Finanzierungsgrundlage entzogen wird, nutzen Großunternehmen die prekären Lebensverhältnisse vor allem mittel- und osteuropäischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur gezielten Ausbeutung der „Ressource Mensch“, in dem sie einerseits an Standorten mit geringer sozialer Absicherung investieren, andererseits mit Abwanderungsdrohungen bestehende Arbeitskräfte zur Akzeptanz prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen drängen. Die Schaffung von Scheinselbständigkeit wird dabei zunehmend als legitime, Kosten senkende Maßnahme betrachtet, mit der ganz nebenbei auch kleinere „Konkurrenten“ vom Markt verdrängt werden. Die Auswirkungen auf „klassische“, in Region und Gesellschaft verankerte KMU sind verheerend. Sozialverantwortlich handelnde und ausbildende KMU aller Branchen geraten auf diese Weise in einen künstlichen Wettbewerb mit staatlich durch Aufstockung der Einkommen per Hartz IV geförderten Scheinselbständigen, der langfristig nicht zu gewinnen ist. Auf Kosten der sozialen Sicherungssysteme und Verschlechterungen in Service und Qualität für den Endverbraucher mit sich bringend werden traditionelle KMUs mittels selbstzerstörerischer Dumpingpreise zunehmend vom Markt verdrängt oder durch Großunternehmen übernommen. Die rechtlichen und politischen Defizite, die zur massiven Scheinselbständigkeit geführt haben, müssen identifiziert und deutliche Ansätze zu deren Bekämpfung formuliert werden. Eine stärkere Kommunikation der langfristigen Auswirkungen von Scheinselbständigkeit, die sich an der Schwächung der Sozialen Sicherungssysteme einerseits und der für den Scheinselbständigen persönlich mangelnden Absicherung der sozialen Risiken Alter, Krankheit, Pflege und Invalidität andererseits festmachen lassen, ist dringend erforderlich, um Mehrheiten für notwendige rechtliche und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zum Wohl und Schutz der europäischen KMU, ihrer ArbeitnehmerInnen und auch der Scheinselbständigen selbst durchsetzen zu können.

### ***KMU als Akteure im Sozialstaat***

Starke Sozialstaaten, die allen Menschen in Europa ein würdiges Existenz und eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, sind die Grundlage für Demokratie und Rechtstaatlichkeit. Dementsprechend viele Aufgaben fallen im Staatssektor an und müssen von diesem, in großem Maße durch die Beauftragung Dritter, wahrgenommen werden. Hier liegt ein weiterer bedeutsamer Ansatzpunkt für KMU.

Ein starker Sozialstaat, der im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung KMU einsetzt, die nach strengen Kriterien wie Tarifzahlung etc, ausgewählt werden, kann nicht nur hochwertige und vielseitige soziale Dienstleistungen anbieten, sondern sorgt auch für niedrige

Arbeitslosenzahlen. Um dies zu erreichen, müssen regionale, an die Bedürfnisse der Einwohner angepasste, in der Versorgungsqualität gleichwertige Sozialstrukturen auf hohem Niveau in der gesamten Europäischen Union geschaffen werden.

Auch muss die Bevorzugung regionaler gebundener und tätiger KMU bei transparent gestalteter Vergabe öffentlich-rechtlicher Aufträge, die eine relativ kostenneutrale und sehr effektive Fördermöglichkeit darstellt, umgesetzt werden. Neben dem klassischen Beschaffungs- und Bauwesen sind vor allem der Bereich der öffentlichen Dienstleistungen auf kommunaler Ebene mögliche Betätigungsfelder für KMU, insofern diese strengen Kriterien gerecht werden. Wesentliche, zum Teil bereits privatisierte Gemeinschaftsaufgaben wie Krankenhäuser, Energie- und Wasserversorgung müssen jedoch im Gemeinwesen verbleiben bzw. in dieses zurückgeführt werden, da uneingeschränkte Zugangsbedingungen derart existentieller Gemeinschaftsdienste nicht aus „unternehmerischer“, daher rein ökonomischer Sicht gewährleistet werden können.

Die gegenwärtige untransparente Vergabepaxis für öffentliche Aufträge gemäß dem Günstigkeitsprinzip fördert neben dem altbekannten Problem der „Vetternwirtschaft“ meist die Firmen, die eine Tariffucht angetreten haben und Lohndumping betreiben. Die dadurch entstehenden Arbeitnehmereinkommen machen staatliche Transferleistungen notwendig und stehen damit im Widerspruch zu jeglicher Kosten-Nutzen-Abwägung bzw. Wirtschaftlichkeitsanalyse. Vernünftige Ansätze der Einführung sozialer Kriterien in der Vergabe (Bsp. Mindest- und Tarifröhne) wurden durch das Ruffert-Urteil des EuGH zunichte gemacht. Hier sind neue rechtliche Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene notwendig, die transparenten, fairen Wettbewerb sichern und eine KMU-freundliche, die öffentliche Hand entlastende Vergabepolitik ermöglichen. Möglichkeiten verbesserter, europäisch abgestimmter Sozialpolitik, die sich auf regionale Auftragsvergabe und damit die Nutzung der Potentiale und Erfahrungen lokaler KMU stützt, müssen erschlossen und mehrheitsfähig gemacht werden.

### ***Die DLR und ihre Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen in KMU***

Die als sog. „Bolkestein-Hammer“ zweifelhaft erlangte EU-Dienstleistungsrichtlinie begründete eine überraschende Kooperationsbereitschaft breiter Teile der Gesellschaft. Gewerkschaften, NGOs, linke Parteien und zahlreiche Verbände mobilisierten sich zu Großdemos und konnten substantielle Änderungen an den Mechanismen der Richtlinie und an ihrem Geltungsbereich erreichen. Auch aus den Reihen der KMUs war deutliche Kritik an der Dienstleistungs-Richtlinie wahrnehmbar.

Dennoch beinhaltet auch die „entschärfte“ Version deutliches Gefahrenpotential für KMUs. Grundlegende Normen wie die Gültigkeit des Rechtes des Ziel- bzw. Erbringungslandes und die Möglichkeit von Auflagen für „ausländische“ Dienstleister werden in Zukunft entweder gar nicht oder nur in sehr beschränkten Ausnahmefällen (Erforderlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Diskriminierungsfreiheit) möglich sein. „Ausländische“ Unternehmen aller Branchen können auf Grund fehlender europäischer Kontrollstrukturen der Herkunftsländer fast „rechtsfrei“ und damit auch entgegen vorherrschenden Sozialstandards zu Niedrigstpreisen agieren, „gesetzestreue“ regional agierende KMU werden vom Markt verdrängt.

Die Wirtschafts-, Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der ArbeitnehmerInnen ebenso wie der UnternehmerInnen selbst werden sich voraussichtlich gravierend verschlechtern. Schon jetzt sind im Bau-, Handwerks- und Dienstleistungssektor Unmengen von Scheinselbständigen und fadenscheinigen Sub-Subunternehmen mit Dumpingpreisen,

mangelhafter Qualität und hochprekären Beschäftigungsverhältnissen Realität. Kontrollen und Sanktionen solcher „schwarzer Schafe“ werden in Zukunft erschwert oder, je nach Auslegung der Freiheit der Vertragsgestaltung, unmöglich.

Die aktuellen Debatten um die von der Europäischen Kommission vorgelegten Leitlinien zur Entsendung von Arbeitnehmern, der Mitteilung zu sozialen Dienstleistungen insbesondere im Gesundheitsbereich und das Grünbuch Arbeitsrecht scheinen die in der Dienstleistungsrichtlinie hart erstrittenen Verbesserungen durch die Hintertür wieder rückgängig machen wollen. Zum Wohle sowohl der europäischen KMU als auch ihrer Arbeitnehmer sind juristische Klarstellungen zur Definition von Selbständigkeit, dem Betriebsbegriff und der Leiharbeit nötig. Die Durchsetzung von gewerkschaftlichen Rechten und eine Verbesserung der Kontroll- und der strafrechtlichen Sanktionsmöglichkeiten im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr müssen allein schon aus Gründen der Chancengleichheit gesichert werden.

## **Europäischer Mindestlohn – Wunderwaffe gegen „Billigkonkurrenz Ost“?**

Die Gleichbehandlung unserer mittel- und osteuropäischen MitbürgerInnen, vor allem im Bereich der Bewegungsfreiheit (§18 EGV) und der Freizügigkeit der Arbeitnehmer (§39ff EGV) sind grundlegende Bedingungen für eine demokratische EU. Eine nationalistische, die Bürger Europas auf Grund ihrer Herkunft diskriminierende Politik ist in unserem heutigen geeinten und demokratischen Europa eine Schande.

Viele westeuropäische KMU fordern im Kampf um die tägliche Existenz nach Beschränkung der „Billigkonkurrenz aus dem Osten“ sowie Schutz der eigenen Märkte und reagieren mit Verschlechterungen der Arbeits- und Einkommensbedingungen ihrer Mitarbeiter durch staatlich subventionierte, prekäre Arbeitsverhältnisse auf den verschärften Wettbewerb. Die Folgen zu kritisieren ist jedoch nicht der alleinige richtige Ansatz, vielmehr sind die Ursachen konkret zu benennen.

Der in der Europäischen Union bestehende Wettbewerb um die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialausgaben und die „billigsten“ sozialen Sicherungssysteme geht gerade zu Lasten der mittel- und osteuropäischen Bürgerinnen und Bürger der EU, deren Sozialsysteme und wirtschaftspolitische Steuerungsmechanismen nur schwach ausgeprägt sind. Die Einkommensarmut in diesen - wohlgerne EU! - Ländern hat seit 1990 prozentual stärker zugenommen als in jeder anderen Weltregion.

Natürlich besteht damit auch die Gefahr einer „Abstimmung mit den Füßen“, einer Flucht vor Armut und Prekarität. Die in Westeuropa befürchtete Krise auf dem Arbeitsmarkt durch europäische „wirtschaftspolitische Flüchtlinge“, kann jedoch nicht durch Ausgrenzung vermieden werden, zumal spätestens ab 2011 volle Arbeitnehmerfreizügigkeit herrscht und jedem im EU-Ausland arbeitendem EU-Bürger im Falle von Arbeitslosigkeit die gleichen Leistungen der sozialen Sicherungssysteme gewährt werden müssen wie dem in diesem Land Lebenden.

Durch die Schaffung einheitlicher europäischer Wettbewerbsbedingungen, die Lohndumping und Sozialabbau als Preisbildungsfaktoren ausschließen, würde nicht nur die durch die bei den westeuropäischen KMUs gefürchtete „Billigkonkurrenz aus dem Osten“ unmöglich, auch werden die Lebens- und Arbeitsbedingungen der mittel- und osteuropäischen ArbeitnehmerInnen und KMUs deutlich verbessert.

Ein EU-weit einheitlicher, an die Lebenshaltungskosten der einzelnen Staaten angepasster Mindestlohn ist dafür der richtige Ansatz. Er schützt nicht nur die - insbesondere für die KMU bedeutenden - regionalen Beschäftigungsmärkte und Wirtschaftskreisläufe, er schafft auch eine europaweite Solidarität gegen die erpresserischen Drohungen der Großunternehmen

an abhängige Subunternehmen und ArbeitnehmerInnen und sorgt endlich für die als Wert der Europäischen Union postulierte Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger.

## ***harmonisierte Steuerpolitik als Mittel der KMU-Förderung***

Mit den letzten beiden Erweiterungen der EU im Mai 2004 und im Januar 2007, mit denen einige politisch „wirtschaftsliberale“, sich am „freiheitsliebenden amerikanischen System“ orientierende Staaten in die EU aufgenommen wurden, verschärfte sich mit deutlichen Unternehmensteuersenkungen die Standortkonkurrenz der einzelnen europäischen Nationalstaaten. Diese zunehmend ruinöse Form der Standortkonkurrenz bringt nicht nur die nationalen Haushalte aller europäischen Staaten in Gefahr, er gefährdet durch zur Gegenfinanzierung notwendige Ausgabenkürzungen zunehmend die Substanz der nationalen Sozialsysteme. Während im Bereich der Mehrwertsteuer durch eine Richtlinie des Rates ein Mindestsatz von 15% bzw. 5% festgelegt wurde, sind dringend benötigte Mindestsätze im Bereich der Unternehmensbesteuerung nicht vorhanden.

"Die Staats- und Regierungschefs und die Mitgliedstaaten haben noch im vergangenen März auf die Bedeutung der KMU für die wirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union hingewiesen", erklärte der für Steuern und die Zollunion zuständige EU-Kommissar László Kovács im Jahr 2005. "Ich appelliere daher an die Mitgliedstaaten, die Gelegenheit wahrzunehmen und einige der steuerlichen Schwierigkeiten zu beseitigen, die die KMU daran hindern, den Binnenmarkt zu nutzen." Er wirbt für die freiwillige gegenseitige Anerkennung der Steuervorschriften durch die Mitgliedstaaten. Im Auge hat er und die sogenannte Arbeitsgruppe "Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage" der Europäischen Kommission jedoch nicht das Wohl der vielen Klein- und Kleinstunternehmen oder ein Ende des Standortkonkurrenz, sondern das Wohl spezifischer grenzüberschreitend agierender mittelständischer Unternehmensgruppen. Deren Gewinne sollen zukünftig nach den Unternehmensteuervorschriften des Sitzlandes der Muttergesellschaft bzw. der Hauptverwaltung der Gruppe ermittelt werden. Das verschärft nicht nur die Standortkonkurrenz der Mitgliedstaaten untereinander, auch werden durch den geplanten grenzübergreifenden Verlustausgleich im Bereich der Körperschaftsteuer weitere Anreize für den Kauf lokaler Unternehmen durch „Kleinkonzerne“ mit einem Umsatzvolumen von bis zu 50 Mio. Euro geschaffen. Während die mittelständischen Unternehmen durch Hauptsitzverlagerungen und Bündelungen von Marktanteilen von dieser Regelung profitieren, wird die Finanzierung der nationalstaatlichen Sozialsysteme immer mehr auf die Klein- und Kleinstunternehmen abgewälzt, die auf Grund ihrer Größe und Wirtschaftskraft nicht in „Niedrigsteuerländer“ abwandern können.

## ***Gewerkschaften - Partner der KMU?***

Gewerkschaften sind und bleiben Verbände von Arbeitnehmern zum Schutz vor Ausbeutung durch den Arbeitgeber. Diese traditionelle Rolle wird immer Kernaufgabe bleiben und findet auch in der Mitbestimmung im Unternehmen unter anderem durch Betriebsräte seinen Ausdruck. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Einflusses von Finanzinvestoren auf die Unternehmensführung auch im KMU-Sektor und dem zunehmenden Kontrollverlust der Politik über die Wirtschaft ist Arbeitnehmermitbestimmung als „soziales Gewissen“ auch dringend notwendig. Unternehmen sind nicht nur Privatbesitz der Eigentümer; als soziale Organisationen sind vor allem KMUs wesentlicher Bestandteil der Gesellschaft. Viele UnternehmerInnen sind sich dieser Rolle bewusst und engagieren sich vielfältig vor allem im kommunalen Bereich, betrachten ihre soziale Verantwortung jedoch als „väterliche Pflicht

gegenüber seiner Familie“. Die Unternehmen werden dementsprechend „väterlich mit strenger Hand“ geführt und Forderungen nach Mitbestimmung als Auflehnung, Undankbarkeit oder gar Enteignungsrisiko verstanden. Dies trägt dem hohen Bildungsniveau der ArbeitnehmerInnen und vor allem dem Fachwissen der GewerkschaftsvertreterInnen nicht Rechnung, die als Repräsentanten der Gewerkschaft vor allem KMU durch wertvolle Branchenkenntnisse bei einer nachhaltigen Unternehmensführung behilflich sein können.

Gerade Klein- und KleinstunternehmerInnen sollten die Talente ihrer Arbeitskräfte fördern und ihnen mehr Mitverantwortung für das Wohl des Unternehmens übertragen. Das senkt nachgewiesen die Transaktionskosten, erhöht Produktivität und Innovationskraft und steigert so den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens.

Parallel muss die Kooperation zwischen KMU und Gewerkschaften erhöht werden, um die Macht von Hedge-Fonds und Konzernen einzuschränken. Durch Dumpinglöhne und zunehmende Prekarisierung schädigen diese die Arbeitnehmer ebenso, wie sie sozialverantwortlich tätige KMUs durch Dumpingpreise vom Markt verdrängen. Denn welcher Arbeitnehmer in einem prekären Arbeitsverhältnis und mit geringer Kaufkraft kann die vielfältigen Angebote von kleinen und Kleistbetrieben noch in Anspruch nehmen?

Für KMUs ist vor allem der hohe Grad an Organisation und Wissen der Gewerkschaften ein bisher ungenutztes Potential. Neben einer unterstützenden Hilfe bei der Schaffung von Kooperationsinitiativen zwischen KMUs sind hier vor allem Weiterbildung der Mitarbeiter, Beratung der KMUs im Bereich Arbeitsorganisation und Arbeitsschutz ebenso wie bei strategischer Marktpositionierung und Nachfolgeberatung, aber auch Warnungen vor ungeeigneten Unternehmensberatern oder Kreditgebern möglich. Auch kann benötigtes Fachpersonal besser gefunden und damit Arbeitslosigkeit vermieden werden. Gewerkschaften könnten somit zu einer betriebsübergreifenden, dem Wohle der Arbeitnehmer und der KMU dienenden Infrastruktur werden. Beginnende Veränderungen der Eigenwahrnehmung weg vom „Kampfverbund gegen die Kapitalisten“ hin zum „Dienstleister“ für die eigenen Mitglieder setzen sich in den Gewerkschaften mehr und mehr durch. Diese „Dienstleistungen“ auch für sozialverantwortliche, mit den Gewerkschaften kooperierende KMU anzubieten, ist nur ein kleiner Schritt. Im Gegenzug müssen die UnternehmerInnen zu verantwortungsvoller, mitbestimmter Unternehmensführung bereit sein, Tariflöhne zahlen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse ausschließen. Das soziale Verantwortungsbewusstsein und Selbstverständnis vieler „KMUler“ sollte dafür Wegbereiter sein.

## ***Zukunft der KMU - Bilanz und Zielsetzungen***

Im Gesprächen über die Zukunft von KMU schlägt Einem häufig die nackte Existenzangst vieler Unternehmer entgegen. Gefürchtet wird in erster Linie die Verdrängung vom Markt durch Dumpingpreise. Hier kristallisieren sich 2 „Gegner“ heraus: zum Einen Konzerne in Form von Handels- und Dienstleistungsketten, die die Märkte regional orientierter Klein- und Kleinstunternehmen bedrohen, zum Anderen „die, die nichts zu verlieren haben“, daher Schwarzarbeiter und Scheinselbständige aber auch die beschriebene, meist hochqualifizierte „Billigkonkurrenz aus dem Osten“, die auf Grund prekärer Bedingungen in ihren Heimatländern zu Wanderarbeitern und -unternehmern geworden sind.

Marktverdrängung durch bestehende und in Entwicklung befindliche Konzerne ist eine reale Gefahr für KMU. Gestützt durch finanzkräftige Investoren werden gezielt kleinere Konkurrenten aufgekauft oder zerschlagen. Eine Entwicklung ähnlich dem Schicksal der als „Tante-Emma-Läden“ bekannten Einzelhändler zeichnet sich für viele von KMUs dominierte Wirtschaftsbereiche in Handel, Produktion und Dienstleistung ab. Die langfristigen Folgen sind vorhersehbar, Branchenoligopole und Monopole einzelner Konzerne führen zu erhöhten



Preissteigerungen, die Lebenssituation für Arbeitnehmer und „scheinselbständige“ Subunternehmer wird prekär. Die neoliberale Politik der Lissabon-Strategie zerstört im Streben nach globaler Wirtschaftsmacht und Konkurrenzfähigkeit der EU stufenweise die Rechte der Arbeitnehmer und fördert durch den Abbau der sozialen Sicherungssysteme deren maximale Flexibilität in Form von Wanderarbeit und bedingungsloser Arbeitsbereitschaft zur Sicherung der Existenz auf Kosten von Familie, Heimat, Kultur und Individualität.

***Diskussionsbeiträge, Stellungnahmen, Kritik (aber auch Lob) sind erwünscht und erbeten. Bitte sendet diese an diether.dehm.ma03@bundestag.de bzw. plakatierservice@web.de. Für kurze Mitteilungen bin ich auch unter 0177 / 765 43 13 erreichbar.***

***In Erwartung zahlreicher Wortmeldungen und der nochmaligen Bitte an den geneigten Leser, sich an der Diskussion und damit der inhaltlichen Ausgestaltung der geplanten Konferenz zu beteiligen, verbleibe ich***

***Mit besten Grüßen***

***Martin Paech,  
Praktikant OWUS Berlin-Brandenburg e.V.***